Jungsfoto: dpa

Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie die Rechten Rote werden wollen

Nach gut anderthalb Stunden waren sie schon fertig. Einstimmig und ohne weitere Aussprache hat die AfD am Samstag ihre Leitlinien für die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern verabschiedet. Die Einstimmigkeit auf den Parteitag in Dabel überrascht kaum. Denn mit ihrem Programm bleibt sich die AfD selbst treu.

Die Landesvorsitzenden Leif-Erik Holm und Enrico Schult haben für die Wahl am 9. Juni ein Programm vorgelegt, das sowohl radikal als auch professionell ist. In der Präambel schreibt die AfD: „Wir brauchen kein Gender-Gaga, keine Denk- und Sprechverbote."

Diese Themen haben zwar wenig mit Kommunalpolitik zu tun, aber die Partei will ja auch eher die Gemüter bewegen. Sie will emotionalisieren, indem sie die Politik der anderen Parteien als „von den Bürgern entfremdet" darstellt: Die regierenden Parteien leugneten die „grenzenlose Masseneinwanderung", lautet etwa ein Vorwurf. Dabei setzt die Bundesregierung ja mit ihrer Wortwahl und ihrem Rückführungsgesetz längst Forderungen der AfD um.

Weiter fordert die AfD „Vernunft und gesunden Menschenverstand in der Politik" und bezeichnet im gleichen Atemzug die Brandmauern gegen sie als „unsinnig".

Das Programm offenbart aber, dass der AfD-Landesverband an eine große „Remigration" denkt. Er fordert auf kommunaler Ebene –

Die AfD fordert, das Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide zu senken

wie schon auf Landesebene – Rückführungsbeauftragte, die „als Ansprechpartner für Bund und Länder dienen" sollen. Selbst bei ukrainischen Kriegsflüchtlingen, die sie auch als solche benennt und damit deren Fluchtgrund anerkennt, klagt die AfD, dass diese eine erhebliche Belastung für die Kommunen seien. „Die „Einwanderung in unsere Sozialsysteme" sei zu beenden.

Diese unmenschliche Politik will der Landesverband auch mit demokratischen Mitteln erreichen. So fordert er etwa „eine Verringerung des Zustimmungsquorums auf 20 Prozent bei Bürgerentscheiden". Ihre Absicht verschweigt die AfD dabei nicht: „Grevesmühlen und Greifswald haben mit ihren Abstimmungen in der Migrationskrise gezeigt, wie Demokratie in den Kommunen gelebt wird", ist im Programm zu lesen In den beiden Städten verhinderten Bürgerentscheide 2023 den Bau von Unterkünften für Geflüchtete. Wenn ein Veto aus den Gemeinden nicht reiche, dann solle der Bund auch „100 Prozent der direkten und indirekten Kosten tragen", so das Papier weiter.

In der Energiepolitik zeigt sich, wie die AfD den menschengemachten Klimawandel leugnet. Der Landesverband spricht sich gegen Windindustrie- und Photovoltaikanlagen aus, lehnt eine kommunale Wärmeplanung und ein LNG-Terminal vor Rügen ab. Für die AfD gibt es keinen Klimanotstand; den hätten „linke Klimaideologen" ausgerufen, um Panik zu erzeugen.

Eine Indoktrination sieht die AfD auch im Gender-Mainstreaming und der „Trans-Gender-Propaganda". Seine eigenen Positionen hält der Verband freilich für gänzlich unideologisch. Dabei fordert er ein Baby-Begrüßungsgeld und eine Familienbeauftragte statt einer Gleichstellungsbeauftragten.

Auch in der Steuerpolitik hat die AfD große Pläne: Mit ihr werde es keine „übermäßigen kommunalen Abgaben" wie etwa Betten-, Jagd-, und Getränkesteuern geben. Die Kurtaxe, die es in manchen Kommunen gibt, will sie abschaffen. Die freiwillige Feuerwehr, Sport – und Heimatvereine seien zu unterstützen. Das Geld dafür soll wohl aus den linken Vorhaben kommen, die die AfD als „Ideologieprojekte" ablehnt. Zur Gegenfinanzierung müssten die Kommunen zudem einen höheren Anteil an der Einkommenssteuer bekommen. Sprich: Der Bund soll ihre Versprechen bezahlen.

Das Programm zeigt, dass die AfD im Wahlkampf nicht allein auf klassisch rechtsextreme Positionen setzt, sondern auch sozialpolitische Angebote machen will. Die Blauen wollen hier die neuen Roten sein.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Schönheit vor Nutzen

Die Bremer Verkehrsbehörde plädiert beim Umbau der Umsteigestation Domsheide für eine breite Variante – Barrierefreiheit und Verkehrseffizienz sind zweitrangig

Von **Lotta Drügemöller**

Wuselig ist es an der Domsheide in Bremen. Je nach Schätzung steigen hier täglich zwischen 50.000 und 100.000 Menschen um, hoffen auf bremsende Autos, Fahrräder und Straßenbahnen, während sie von einem Haltestellenteilpunkt zum nächsten hechten.

Pläne für den Umbau der wichtigen Umsteigestation gibt es seit 2018. Attraktiver sollte das östliche Ende der City werden; vor allem aber auch sicherer und zugänglicher. Und: „Mit der Umgestaltung der Domsheide soll eine vollständige Barrierefreiheit an Haltestellenanlagen […] erreicht werden", heißt es als eines der Muss-Ziele des Umbaus im Mai 2019.

Diese vollständige Barrierefreiheit ist ab 2022 durch das Personenbeförderungsgesetz des Bundes vorgeschrieben. In der Variante, die die Stadt umsetzen möchte, ist sie nun aber gar nicht gewährleistet, lautet die Kritik der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen (LAGS). Gemeinsam mit dem Verkehrswendebündnis „Einfach Einsteigen" hat die LAGS eine Petition veröffentlicht, um das noch zu ändern.

Zwei Planungsvarianten kristallisierten sich 2019 als Favoriten heraus – die auseinandergezogene Variante 2.3 und die gebündelte Variante 5.1. Bei der ersten bleiben die Einstiegspunkte der beiden Gleistrassen so wie heute getrennt – allerdings sind sie noch etwas weiter auseinandergezogen als bisher. Bei der gebündelten Variante werden die zwei Haltepunkte an neuer Stelle vor dem Konzerthaus Glocke zusammengelegt.

Die Petition rechnet vor, dass die auseinandergezogene Variante 2.3 durch den komplizierteren Umstieg zu längeren Fahrzeiten von bis zu zwölf Minuten führen könnte. Vor allem aber sei die Variante nicht barrierefrei. 910 Unterstützer*innen haben sich schon gefunden. Noch bis zum 1. März kann man unterschreiben.

Der Senat hat sich allerdings schon Anfang Februar für Variante 2.3 entschieden. Ein Problem sieht man in der Behörde damit nicht: Schließlich würden mit 2.3 „beide Teilhaltestellen der Domsheide barrierefrei zugänglich gemacht". Gemeint ist, dass der Bahnsteig höher gelegt wird – Rollstuhlfahrende müssen sich nicht mehr mit einem Lift in die Bahn heben lassen.

Barrierefreiheit werde damit aber nicht erreicht, kritisiert der ehemalige Landesbehindertenbeauftragte und heutige Vorsitzende der LAGS, Joachim Steinbrück. „Die Situation wird sogar schlechter als heute." Denn vollständige Barrierefreiheit, wie vom Gesetz vorgesehen, ist nur gegeben, wenn mobilitätseingeschränkte Personen den Nahverkehr „in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis" nutzen können.

In der Planungsvariante 2.3 werden die beiden Teilstationen aber noch 50 Meter weiter auseinandergezogen. „Eine fitte Fußgängerin kann dort vielleicht in ein, zwei Minuten umsteigen, ich als blinder Mensch werde das mit Sicherheit nicht schaffen", kritisiert Steinbrück.

Die Petition rechnet vor, dass die breite Variante zu längeren Fahrzeiten führen würde

Mobilitätssenatorin Özlem Ünsal (SPD) sei bei einem Treffen überrascht gewesen über die Kritik des Behindertenverbandes, erinnert sich Steinbrück. Dabei hatte ursprünglich auch die Verkehrsbehörde aufgrund der besseren Barrierefreiheit und der besseren Verkehrsbeziehungen den Plan 5.1 präferiert. Die damalige Senatorin Maike Schaefer (Grüne) verwarf Variante 2.3 vor drei Jahren bereits öffentlich.

Doch zwischen den Entscheidungen der Behörde liegt eine Wahl, ein Senatorinnenwechsel – und eine intensive Diskussion in der Stadt: Bei der gebündelten Variante 5.1 würde die Haltestelle für alle Linien in Höhe des Konzerthauses Glocke verlegt. Als das bekannt wurde, begann in den Leserbriefspalten der örtlichen Presse ein Ansturm der Glocke-Unterstützer*innen.

Der Blick auf das Konzerthaus würde gestört, so die Argumente, die sich nach und nach durchgesetzt haben. In der Senatsvorlage von Anfang Februar heißt es, man habe in der Abwägung „zugunsten der überragenden städtebaulichen Bedeutung der Domsheide" entschieden.

Das Ressort argumentiert auch mit den Anlieferverkehren von Lkws und Tourbussen für das Konzerthaus. Eine mögliche zentrale Haltestelle vor der Glocke wird außerdem mit dem zentralen Haltepunkt vor dem Bremer Hauptbahnhof verglichen. „Das will doch wirklich niemand", so Pressesprecher René Möller.

Die Petition versucht diese Bedenken zu entkräften und wirbt für einen Gestaltungswettbewerb. So könne „eine gemeinsame Haltestellenanlage vor der Glocke" sogar „als Tor zu dem Konzerthaus und zur Innenstadt ausgestaltet werden", schreiben die Petent*innen.

Muss barrierefrei umgebaut werden: Domsheide
Foto: Ralph Peters/imago

nachrichten

Klage gegen Fehmarnbelttunnel abgewiesen
Das Gericht der Europäischen Union hat Klagen gegen das öffentliche Finanzierungsmodell für die Fehmarnbeltquerung zwischen Deutschland und Dänemark abgewiesen. Der rund 18,5 Kilometer lange Straßen- und Eisenbahntunnel ist bereits im Bau. Gegen die Entscheidung können die Kläger in Berufung gehen *(Az. T-390/20* u. a.*)*. Geklagt hatte das Fährunternehmen Scandlines. Es führte Fehler der EU-Kommission an. Die Klage wies das EU-Gericht „in vollem Umfang" ab. Die feste Fehmarnbeltquerung sei zu Recht ein Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse. Auch gebe es keinen Anhaltspunkt, infrage zu stellen, dass der Bau des Tunnels auf dem Grundsatz beruhe, schädliche Auswirkungen für Natur und Umwelt zu vermeiden. *(afp)*

Einfachere Klassenfahrten
Lehrer in Niedersachsen sollen bei der Planung von Klassenfahrten entlastet werden. Vergabeverfahren sollen künftig nicht mehr ab einer Wertgrenze von 1.000 Euro nötig sein, sondern ab 10.000 Euro. Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Grüne) hofft, dass mit diesem Schritt die Motivation bei Lehrern steigt, mit Schülerinnen und Schülern auf Klassenfahrt zu gehen. *(dpa)*

Georgsmarienhütte grüner
Der Stahlhersteller Georgsmarienhütte hat mit einer neuen Produktionsanlage an seinem Hauptstandort einen weiteren Schritt zur Verringerung klimaschädlicher Emissionen getan. Seit Mittwoch werden Stahlstäbe mithilfe elektrischer Energie bearbeitet, die aus 100 Prozent erneuerbaren Quellen kommen soll. Die Firma will zudem mehr Stahl für Windräder herstellen. *(dpa)*